

Grundbedürfnisansatz und Tourismus in Entwicklungsländern

Zu einem neuen theoretischen Forschungsansatz in der Entwicklungspolitik

1. Problemstellung

Auffallend ist die Konstanz, mit der sich der Tourismus trotz unsicheren Erfolgsaussichten, großen Schwankungen in der Nachfrage und Sekundärfolgen im sozio-ökonomischen und kulturellen Bereich in den Entwicklungsprogrammen an vorderster Stelle behaupten kann. Selbst in Ländern mit kommunistischer Regierung wird der – in seiner ökonomischen Ausprägung auf der Idee des liberalen Welthandels basierende – Tourismus wieder Entwicklungsprogrammen im primären und z.T. sekundären Wirtschaftssektor gleichgesetzt (beispielsweise China, Kuba, Grenada). Er verdient in verschiedener Hinsicht spezielle Beachtung in Entwicklungsfragen, auch wenn er in Ländern mit einer ausgeprägten Primärproduktion gemessen am Bruttosozialprodukt nicht sehr bedeutend ist:

- Der Tourismus bietet eine Möglichkeit, bisher ungenutzte, v. a. ortsfeste, natürliche Ressourcen zu nutzen.
- Er läßt sich den besonderen Entwicklungsfähigkeiten der Regionen anpassen.
- Er ermöglicht die Diversifizierung der Wirtschaft auf dem ökonomisch höheren Niveau des Dienstleistungssektors.
- Produktion und Konsumtion des touristischen Angebots können in der Region erfolgen. Dieser Punkt ist allerdings umstritten, da (1) die ökonomischen Grundlagen für das Fremdenverkehrsprodukt oft außerregional liegen und damit die ökonomischen Effekte geringer ausfallen, (2) durch die Konsumtion in der Region die Konfrontationseffekte am größten sind (Akkulturation, Demonstration usw.) und (3) sowohl die touristische Infrastruktur wie das natürliche Angebot örtlich gebunden sind. Damit kann das Produkt nur über Werbung an den Kunden gelangen, bzw. der Kunde muß mobil sein.
- Vor allem Kleinststaaten verfügen aus betriebswirtschaftlichen, regionalpolitischen und oft ressourcenbedingten Gründen über keine Entwicklungsalternativen.

Wahrscheinlich relativ selten haben sich die Zielsetzungen der Regierungen bezüglich des Fremdenverkehrs erfüllt; hingegen haben sich die negativen Effekte durch schwer kontrollierbare ökonomische

und nicht-ökonomische Entwicklungen ausgeweitet. Abgesehen von der bevorzugten Stellung ökonomischer Entwicklungstheorien, bestehen methodische Schwierigkeiten mit der Berücksichtigung nicht-ökonomischer Auswirkungen einer Entwicklungsstrategie ganz allgemein. Diese Probleme zeigen sich sowohl bei der wissenschaftlichen Erarbeitung als auch bei der Festlegung von Zielsetzungen bei den Entscheidungsträgern.

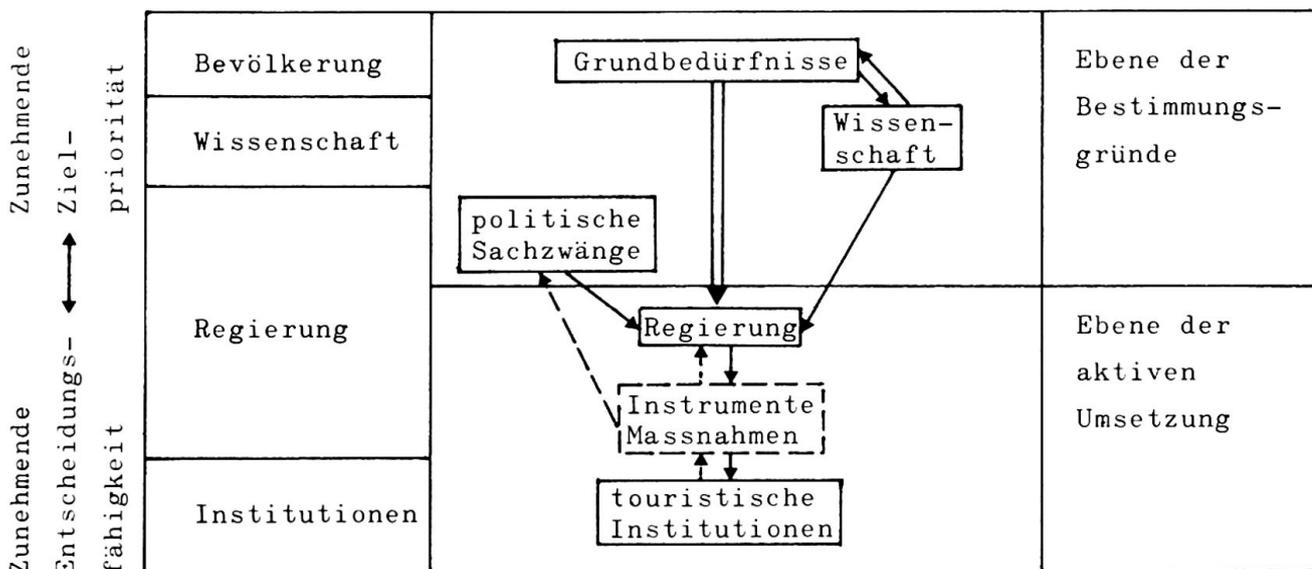
Die Zielformulierung kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Es darf aber angenommen werden, daß die breite Schicht der Bevölkerung als Entscheidungsträger nur indirekt über politische Referenden in Frage kommt und damit keine Möglichkeit hat, Zielformulierungen in ein Programm einzugliedern. Demgegenüber treten Regierungen und Wirtschaftskreise als Entscheidungsträger auf. Es ist deshalb nötig, die Vorstellungen der Bevölkerung bezüglich Vor- und Nachteilen, die ihr der Fremdenverkehr bringt, mit den Entscheidungen und Zielen der Entscheidungsträger zu vergleichen. Als Basis dienen die *Grundbedürfnisformulierungen* auf mehreren Ebenen, und es ergibt sich damit *das zentrale Problem, wieweit der Tourismus einen Beitrag an die Grundbedürfnisbefriedigung leisten kann, bzw. wo er Ursache für eigentliche Zielkonflikte auf der Basis dieses Ansatzes ist.* Die Frage nach dem Beitrag des Tourismus zur Befriedigung der Grundbedürfnisse gibt *die Möglichkeit, die funktionalen und fachspezifischen Effekte (beispielsweise Demonstrations-, Beschäftigungs-, Akkulturationseffekt) unabhängig davon, ob sie quantifizierbar sind oder nicht, in die Untersuchung einzubeziehen.* In die Grundbedürfnisse fließt dann automatisch eine Gewichtung ökonomischer und nicht-ökonomischer Auswirkungen ein. Die Vollständigkeit der Effekte hängt allerdings von der Formulierung der Ziele durch die angesprochene Zielgruppe ab. Sowohl hinter den Modernisierungsidealen als auch hinter der Forderung nach Erhaltung traditioneller Gesellschaftsstrukturen als Wertprämisse stehen Vorstellungsmuster aus Industriestaaten (vgl. MYRDAL 1978). Mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse als Wertbasis ist der Gedanke verbunden, daß die

Betroffenen in den Entwicklungsländern durch bereits vorhandene Demonstrationseffekte einen Vorstellungswandel der Bedürfnisse vornehmen und dieser Wandel mitberücksichtigt wird.

2. Zielproblematik

Die verschiedenen Interessengruppen setzen unterschiedliche Prioritäten. Ziele auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sind eher gesamtpolitischer, gesamtwirtschaftlicher oder betriebswirtschaftlicher Art, während die für die Betroffenen maßgebende Ebene bei der Frage der Bedürfnisbefriedigung liegt. Die Zielvorstellungen der Elite, die an allen Ebenen der Wirtschaft und der Politik beteiligt ist, entsprechen zwar oft Bedürfnissen, die aber vom Einzelnen der Bevölkerung nicht als Befriedigung eines Grundbedürfnisses empfunden werden. Darunter fallen wirtschaftliche Effekte, die sich aus den internationalen Beziehungen ergeben (wie der Deviseneffekt, der zwar zum allgemeinen Wohlstand beiträgt, sich aber nicht automatisch in einem Angebot an Gütern zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse niederschlägt). Weiter gehören dazu politische Verbindungen aus denselben Beziehungen, die möglicherweise die Effekte der Modernisierung und der begrifflich diffusen Völkerverständigung beeinflussen, den Einzelnen jedoch wieder nur indirekt betreffen. *Diese unter Umständen nur vordergründigen Zielkonflikte müssen durch eine Zielhierarchie eruiert werden. Dazu sind vorerst genaue Zielvorstellungen auf verschiedenen Entscheidungsebenen zu erfassen.*

Oberste Entscheidungsebene stellen die politischen Behörden dar, die die entsprechenden Instrumente zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen können. Als oberste Ebene wird sie bezeichnet, weil nur dort überhaupt Instrumente zur Verfügung stehen. Die zweite Ebene bilden die im Tourismus tätigen Institutionen, die für die Erstellung und Verteilung der touristischen Dienstleistung verantwortlich sind. Auf dieser Ebene können die Ziele nicht beeinflusst werden, da sie betriebswirtschaftlich sind. Die durch die Regierung eingesetzten Instrumente beeinflussen lediglich deren Erreichungsgrad. Zwischen diesen beiden Ebenen besteht jedoch eine große Interdependenz. Verlassen wir die Ebenen der Entscheidungen, muß im Sinne einer Nutzenpriorität in der bisherigen Hierarchie eine übergeordnete Ebene hinzugefügt werden; nämlich diejenige, die die Zielrelevanz für die Entscheidungsebene festlegt und welche v. a. die betroffene Bevölkerung repräsentiert. *In diesem Bestimmungsbereich müssen die Grundbedürfnisse festgelegt werden, welche mit den entsprechenden Regierungszielsetzungen und dazugehörigen Instrumenten zu erreichen sind.* (In der Ebene der aktiven Umsetzung würde sie die unterste Hierarchiestufe einnehmen, da hier höchstens Erwartungen formuliert, aber - v. a. als Folge fehlender politischer Integration - keine Entscheidungen getroffen werden können.) Die Wissenschaft nimmt insofern eine vermittelnde Stellung ein, als sie versuchen muß, die heterogenen Grundbedürfnisvorstellungen zu ordnen und in die Entwicklungsstrategien einzubeziehen. Mit Hilfe der entsprechenden Indikatoren kann sie die nötigen theoretischen Grundlagen an die Entscheidungsträger liefern.



MZ / 81

Abb. 1 Zielebenen und Entscheidungsniveaus

Mit der Festlegung einer Zielhierarchie nach dem Kriterium der Entscheidungsebenen ist noch keine eigentliche Zielordnung erreicht, da auf jeder Ebene Zielkonflikte zu erwarten sind. Die Unterscheidung nach Entscheidungsebenen hat einen praktischen und gleichzeitig entwicklungsstrategischen Aspekt. In der Praxis ist es – unabhängig, ob eine Entwicklungsstrategie von oben oder unten ansetzt (STOEHR 1981) – stets die politische Ebene, die direkt Ziele für den Einsatz von Instrumenten festlegt und damit die maßgebenden Entscheidungen fällt.

Es ist die Ebene, auf welcher über die Wahl bestimmter Alternativen entschieden wird (decision area; MUSTO 1972). Wieweit diese Ziele die Zielvorstellungen der Bevölkerung einschließen, ist eine system- und machtpolitische Frage. Der entwicklungsstrategische Aspekt deutet auf das Problem hin, welche Zielgruppe mit der Entwicklungspolitik angesprochen werden soll und wie detailliert die Zielformulierungen erfolgen. Es darf angenommen werden, daß eine Regierung Ziele nur soweit formuliert, als sie mit relativ großer Wahrscheinlichkeit erreichbar scheinen. *Je diffuser allerdings Ziele formuliert sind, desto weniger Berücksichtigung finden die Bedürfnisse einer breiten Bevölkerungsschicht.*

Die Abb. 1 weist auf die Forderung hin, daß die *Priorität der Zielfestlegung bei der Bevölkerung* liegt. In der Ebene der Bestimmungsgründe gibt es aber auch politische Sachzwänge, die einerseits nicht auszuschließen sind, andererseits in ihrer Komplexität gar nicht zu erfassen sind. Sie schränken die Handlungsweise des Entscheidungsträgers im System ebenfalls ein, sei dies nun im positiven oder negativen Sinne (constraints; MUSTO 1972).

Die Ebene der aktiven Umsetzung legt einerseits fest, wo die Ziele auf den Erfolg hin überprüft, wo Maßnahmen und Instrumente einer Entwicklungspolitik verfügbar gemacht werden müssen und wo die Wirtschaftsträger die politischen Rahmenbedingungen für ihre Aktivität finden sollten. Die Unterscheidung der zwei Ebenen (Bestimmungsgründe, aktive Umsetzung) deutet bewußt darauf hin, daß die Aufgabe von Regierungen innerhalb einer Entwicklungspolitik vermehrt auf die Durchführbarkeit von Aufgaben (beispielsweise Lenkungsaufgaben) verlegt werden muß und weniger auf die Formulierung von Entwicklungszielen, die sich aus der Grundbedürfnisformulierung ergeben sollten.

Methodisch sind folgende Arbeitsschritte zu vollziehen, die sich an einen Lösungsansatz von ENKE (1971) anlehnen: In einem ersten Schritt ist eine Zielsammlung in der Art einer Stoffsammlung durchzuführen. Der Zielkatalog setzt sich aus Absichtserklärungen der Regierungen und den Grundbedürfnisvorstellungen der Bevölkerung zusammen. Der zweite Schritt ist eine Ordnung und Überprüfung der Ziele nach Konkretisierungsgrad, Quantifizierbarkeit, Widerspruchsfreiheit, Zielneutralität und Ziel-Mittel-Verhältnis (BROESSE 1972, ENKE 1971, KANTOWSKY 1977). Der

dritte Schritt setzt eine konsistente Zielordnung fest, wobei zuerst eine Zielhierarchie innerhalb der Entscheidungsebenen vorgenommen und diese für eine Zielüberprüfung einander gegenübergestellt werden. Dabei gilt es, die Konfliktstellen hervorzuheben und nach den festgelegten Wertprämissen Prioritäten zu setzen. Es muß jeweils berücksichtigt werden, daß beispielsweise die Entscheidungsträger entsprechend der bisherigen Entwicklung ihre Ziele anpassen können, daß das befriedigte Bedürfnisniveau der Bevölkerung sich ebenfalls in gleichem Sinne geändert hat und damit trotz Zielanpassung die Zielkonflikte bestehen bleiben.

Dieser Zielüberprüfung fehlt im Gegensatz zur Zielerreichungskontrolle die zeitliche Dimension aufgrund zweier auseinanderliegender Lageanalysen. Vielmehr stehen sich zwei Zielformulierungsebenen gegenüber, wobei nur auf einer Ebene Entscheidungen getroffen und Instrumente eingesetzt werden können. Zudem ist die Konflikthanfälligkeit eines Systems mit zwei Zielformulierenden größer. An dieser Stelle muß auf die marginale Rolle der Bevölkerung in Entwicklungsländern hingewiesen werden, die tatsächlich zu zwei sich widersprechenden Zielfeldern führt (Regierung versus Bevölkerung) und den notwendigen «feed-back» aus den eingangs erwähnten politischen Gründen wegfallen läßt. *Ergebnis der Zielüberprüfung sollte die Vereinbarkeit von Zielen unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit zwischen Entscheidungsträger (Regierung), Entwicklungsobjekt (Bevölkerung) und Entwicklungsobjekt (Tourismus) sein.*

3. Grundbedürfnisse

Die Definitionen der Grundbedürfnisse variieren sowohl formal wie funktional stark. Einige Definitionen zählen lediglich auf, welche Erfordernisse erfüllt sein müssen, während andere Wert auf strukturelle Zusammenhänge und Abhängigkeiten legen. Anschließend sollen einige Begriffsbeschreibungen gegeben werden, wobei detailliertere Angaben und Literaturhinweise in ZAHNER (1982) zu finden sind. Die ILO definiert einige Elemente, die zu den Grundbedürfnissen gehören: Mindestanforderungen einer Familie für den privaten Verbrauch in den Bereichen Ernährung, Wohnen, Bekleidung und gewisse Wohnungseinrichtungen; grundlegende Infrastrukturelemente; vermehrte Partizipation der Menschen an Entscheidungen. Eine systematische Beschreibung von Grundbedürfnissen, Indikatoren und deren Zusammenhänge liefert das Bariloche-Modell von HERRERA/SCOLNIK, in dem vier Blöcke dargestellt werden: Ernährung, Wohnen, Bildung und Gesundheit. Andere Autoren wie GALTUNG und ALLARDT führen Begriffe an, die das weite Feld sozialer Bedürfnisse zu erfassen versuchen: «having» (Einkommen, Wohnungsdichte, Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Ausbildung), «loving» (zwischenmenschliche Beziehungen auf lokaler,

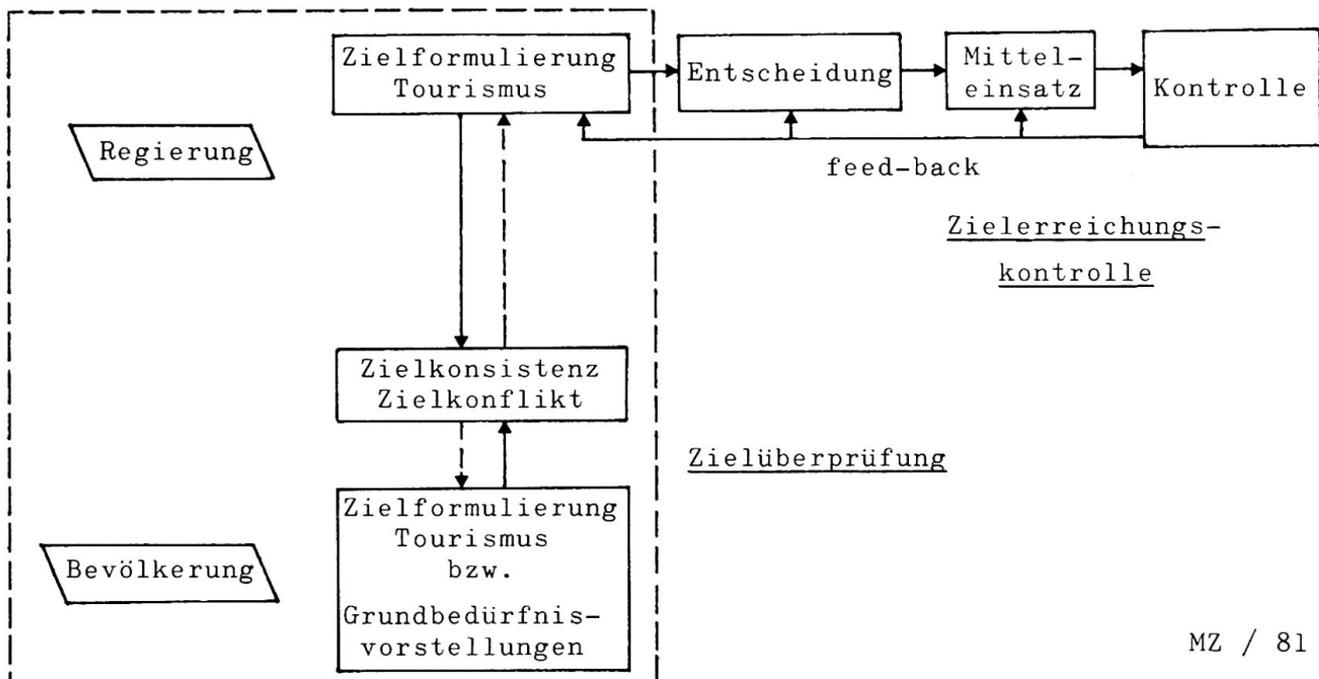


Abb. 2 Ablauf der Zielüberprüfung

familiärer und persönlicher Ebene), «being» (integrative Komponente) (alles nach ALLARDT) und «Wahl der Lebensstile» sowie der Grad der Autonomie (GALTUNG). Bezüglich der bereits erwähnten Zielhierarchie scheint eine Differenzierung nach Konkretisierungsgrad des einzelnen Betroffenen notwendig. So unterteilen FRIEDMANN/WEAVER die «human needs» nach ihrem kollektiven Bezug in «social needs» für das kollektive Wohl und «individualized needs» als überlebenswichtige Bedürfnisse jedes Individuums. In Anlehnung an die Modernisierungsprämissen MYRDALS (vgl. MYRDAL 1978) können die Grundbedürfnisse auf staatlicher Ebene (eigenständige Entwicklungsplanung, Anstieg der Produktivität, Anstieg des Lebensstandards, verfeinerte Institutionen, nationale Konsolidierung, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und soziale Disziplin) denjenigen auf individueller Ebene (soziale und wirtschaftliche Gleichstellung) gegenübergestellt werden.

Die genannten Grundbedürfnisvorstellungen betreffen z. T. direkte Auswirkungen des Fremdenverkehrs (grundlegende Infrastrukturelemente, Bildung, Arbeitsbedingungen, Entscheidungspartizipation und Autonomie) und indirekte Effekte auf Bereiche des Lebensstandards wie Ernährung, Wohnen und Gesundheit. *In einigen der erwähnten Definitionen ist – wenn auch nirgends explizit erwähnt – herauszulesen, daß es sich bei den Grundbedürfnissen nicht nur um quantifizierbare oder qualitative statische Kennziffern handeln kann, sondern um die Funktion der Elemente in einer Gesellschaft und um deren Beziehungen untereinander.*

Als Basis wird die Frage aufgeworfen, wieweit der Tourismus einen Beitrag zur Befriedigung der Grundbedürfnisse leisten kann. Die Festlegung auf diesen Ansatz ist normativer Art und hat folgende Gründe: Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist ein Ziel, welches unabhängig von einer bestimmten Entwicklungsstrategie formuliert werden kann. Es ist m. E. falsch, von einer Grundbedürfnisstrategie zu sprechen, da die Zielformulierung lediglich die Zielgruppe (etwa die breite Bevölkerungsschicht) anspricht, jedoch weder die Interdependenzen im internationalen oder nationalen politisch-ökonomischen System noch die Entscheidungsträger und Instrumente einbezieht. Sie werden einzig als Ursache einer Entwicklung kritisiert. Eine Strategie muß jedoch nebst der Zielformulierung auch den Umsetzungsprozess enthalten.

Der Tourismus nimmt eine spezielle Stellung ein, da er sowohl mit der betroffenen Region als auch mit dem internationalen System in enger Verflechtung steht. Er erfordert einen Kompromiss zwischen verschiedenen Entwicklungsansätzen, wobei die Zielformulierung der Befriedigung der Grundbedürfnisse erhalten bleiben kann.

Die Befriedigung der Grundbedürfnisse spricht eine Zielgruppe an, die von den bisherigen ökonomischen (speziell neoklassischen) Theorien nicht genügend berücksichtigt oder mindestens nicht erreicht wurde. Die Ursachen dafür liegen in zahlreichen strukturellen Hemmnissen (vgl. SENGHAAS 1978a), die die Wirkungskraft dieser Theorien stark reduzieren. Ihre inhaltlichen Werte können allerdings nicht negiert werden. *Der Ansatz der Grundbedürfnisbefriedigung*

ermöglicht die Formulierung von Zielen für verschiedene Zielgruppen und kann auf staatlicher Ebene auch gesamtwirtschaftliche Ziele beinhalten.

Die Grundbedürfnisse umfassen die bisher in der Fremdenverkehrsliteratur erwähnten Effekte und erlauben damit die Integration ökonomischer und nicht-ökonomischer Auswirkungen.

4. Strategien als Grundlage des Grundbedürfnisansatzes

Die Forderung nach einer Politik zur Befriedigung der Grundbedürfnisse entstand aus dem Dilemma zahlreicher hauptsächlich ökonomischer Entwicklungstheorien, die bestenfalls gesamtwirtschaftliche Wachstumssteigerungen, nicht aber die Verbesserung der elementaren Lebenslage der Bevölkerung erreichten; diese Theorien sehen die verbesserte Lage der breiten Bevölkerungsschicht als automatische Folge der wirtschaftlich verbesserten Situation, nicht aber als direkt angestrebtes Ziel. Mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse ist jedoch zum einen das Postulat verbunden, die Politik an einer anderen, bzw. umfassenderen Zielgruppe zu orientieren, andererseits von rein ökonomischen und gesamtwirtschaftlichen Indikatoren auf solche überzugehen, die Minimalanfordernisse des größten Teils der Bevölkerung eines Entwicklungslandes darstellen. Ohne hier auf weitere Details einzugehen, müssen einige Strategien erwähnt werden, in denen explizit oder implizit die Grundbedürfnisbefriedigung enthalten ist und die den Tourismus als entwicklungspolitisches Instrument berühren. Die Politik der *autozentrierten Entwicklung* kann als Grundlage für den Ansatz gelten (vgl. SENGHAAS 1978b). Für dieses auf den Dependenztheorien aufbauende Konzept werden drei Strategieelemente vorgeschlagen: die Abkoppelung auf internationaler Wirtschaftsebene, die innere Umstrukturierung (nationale Wirtschaftsebene) und der Wiederaufbau internationaler Beziehungen mit Schwergewicht auf der Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern (*collective self-reliance*). *«Development from below»* geht von einer ähnlichen Grundidee aus, wobei hier vor allem eine Anpassung der Entscheidungshierarchie an kleinere regionale Einheiten (mit spezieller Berücksichtigung der Ressourcenverfügbarkeit) und die verbesserte Kontrolle der «back-wash-effects» größerer Einheiten gefordert wird. Die Grundbedürfnisse werden indirekt angesprochen, indem die sozialen Gruppen, die davon betroffen sind, im Vordergrund stehen (vgl. STOEHR 1981). Während die beiden Strategien von reorganisierten Entscheidungsstrukturen und damit mehr Autarkie einer Region ausgehen, bezieht sich die *Strategie zur Förderung von Entlastungsorten* auf räumliche bzw. siedlungspolitische Interdependenzen (vgl. HENNINGS et al. 1980). Darin wird nebst der Verbesserung der Produktions-

und Arbeitsbedingungen die Verbesserung der Versorgungssituation der Bevölkerung als Ziel gesetzt.

5. Schlußbemerkungen

Die programmatischen Ziele der Regierungen waren bisher in ihren Grundzügen gesamtwirtschaftlicher Art, was auf die spezielle Form des Fremdenverkehrs als Exportzweig und die Lagevorteile einer sonst ungenutzten Region zurückzuführen ist. Die Grundbedürfnisbefriedigung einer breiten Bevölkerungsschicht wird nicht berücksichtigt, worunter vor allem die negativen Effekte des Tourismus fallen. Grundbedürfnisse werden unbewußt oder aus Gründen der Konkretisierung von der ökonomischen Zielerreichung abgeleitet. *Ökonomische Ziele bringen für die Grundbedürfnisse jedoch nur Vorteile, wenn die Gewinne aus dem Fremdenverkehr in anderen Sektoren der Region eingesetzt werden und damit eine engere Verflechtung zwischen den Wirtschaftszweigen innerhalb der Region entsteht.* Voraussetzung ist dabei die strukturelle Besitztverflechtung auf internationaler Ebene und die innere Umstrukturierung auf der nationalen Wirtschaftsebene (SENGHAAS 1978b). Damit sind die weiteren Forderungen ebenfalls berücksichtigt, die die bessere regionale Ressourcenauswertung und die Kontrolle der «back-wash»-Effekte anstreben (STOEHR 1981).

Bei niedrigem Entwicklungsstand kann der Tourismus als spezielles Instrument der Grundbedürfnisbefriedigung eingesetzt und aufgrund von Lagefaktoren zum Entwicklungsinitiator werden. In diesem Fall dürfen staatliche Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Grundbedürfnisbefriedigung nur getätigt werden, wenn sie der Bevölkerung einen direkten Nutzen bringen bzw. ihr direkt zur Verfügung stehen. Diese Forderung schwächt sich mit zunehmendem Entwicklungsstand ab, da der Staat über mehr Mittel verfügt, um eine aktive Steuerpolitik (vor allem auf Anreizmittel bezogen) zu verfolgen. Dann aber muß er bei der Entwicklungspolitik mit dem Fremdenverkehr als Instrument darauf achten, *daß seine (staatlichen) Investitionen nur dort getätigt werden, wo der Fremdenverkehr in ein bestehendes regionales Siedlungssystem integriert werden kann.*

Wie die laufende Untersuchung zeigt, wäre es falsch, in diesen Thesen die Ausschaltung des bisher tragenden privaten Sektors zu sehen. Unterschiedliche Handhabung von Gesetzen und verschiedener Mittelsatz von Regierungen kann aber zu völlig entgegengesetzten Systemen der Unterstützung des Tourismus und damit eines wichtigen Entwicklungsfaktors führen. Solche Mittel reichen von der steuerlichen Belastung der Bevölkerung (in Entwicklungsländern!) zugunsten der Tourismusförderung über relativ indifferentes Verhalten der Regierung bis zu zentralwirtschaftlichen Massnahmen.

Résumé

Comme instrument d'une politique de développement on doit attribuer un rôle important au tourisme qui rend possible l'exploitation d'une offre dont on ne profite pas autrement et qui est quelquefois la seule offre économique. Les buts économiques doivent de plus s'effacer derrière des buts qui ont des influences directes sur le standing de vie de la couche de population concernée. *Comme base d'une déclaration des buts on peut se servir d'une approche des besoins fondamentaux. Le problème principal est de savoir comment le tourisme peut apporter une contribution à la satisfaction des besoins fondamentaux.* L'approche de la satisfaction des besoins fondamentaux permet de fixer un certain groupe de buts (par exemple de tenir compte de l'ample couche de population) qui n'était peu ou pas assez prise en considération par les précédentes théories économiques (spécialement les néo-classiques). En outre elle est indépendante de toute stratégie de développement. C'est particulièrement important par rapport à une position spéciale du tourisme qui est étroitement lié aussi bien à la région de tourisme qu'au système (économique, politique et culturel) international. Et en plus le tourisme demande un compromis entre divers approches de développement (par exemple entre le libre-échange mondial et la «dissociation»). C'est à dire que

l'approche rend possible la formulation des buts des différents niveaux d'intérêt de la population (niveau individuel) et de l'Etat (niveau d'Etat ou niveau collectif). Finalement les besoins fondamentaux comprennent les différents effets mentionnés dans la littérature précédente du tourisme, et permet l'intégration des incidences économiques et non-économiques.

Face à la plupart des stratégies, le changement de la hiérarchie courante des buts est automatiquement relié à la politique d'une priorité des besoins fondamentaux. La figure 1 montre que la priorité des buts est désignée par la population qui forme – avec des contraintes politiques et certaines informations obtenues par des recherches – le fondement de la conduite politique du gouvernement («Ebene der Bestimmungsründe»). Donc le gouvernement a principalement la tâche, à l'aide de ses instruments, de convertir les idées de but en une politique de développement («Ebene der aktiven Umsetzung»). Dans cette étude on essaie d'intégrer le tourisme dans des stratégies de développement qui contiennent (implicitement ou explicitement) la satisfaction des besoins élémentaires dans leur idée fondamentale. A cette place on n'en indique que trois: le développement vers l'intérieur (SENGHAAS 1978b), le développement à partir du bas (STOEHR 1981) et la stratégie pour la protection des lieux de décongestion (HENNINGSS et al. 1980).

Literatur

BROESSE, U. (1972): Ziele in der Regionalpolitik und der Raumordnungspolitik. Zielforschung und Probleme der Realisierung von Zielen, Berlin.

ENKE, H. (1971): Zur Problematik von Zielordnungen und Zielsystemen. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Band 77, S. 9–21, Berlin.

HENNINGSS, G., B. JENSSEN, K.R. KUNZMANN (1980): Dezentralisierung von Metropolen in Entwicklungsländern. Eine Strategie zur Förderung von Entlastungsorten. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 38, Heft 1–2, S. 12–26, Köln.

KANTOWSKY, D. (Hrsg.) (1977): Evaluierungsforschung und Praxis in der Entwicklungshilfe, Zürich.

MUSTO, S. (1972): Evaluierung sozialer Entwicklungsprojekte. Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Band 9, Berlin.

MYRDAL, G. (1978): Politisches Manifest über die Armut in der Welt, 3. Aufl., Frankfurt am Main.

SENGHAAS, D. (Hrsg.) (1978a): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analyse über abhängige Reproduktion, 4. Aufl., Frankfurt am Main.

SENGHAAS, D. (1978b): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, 2. Aufl., Frankfurt am Main.

STOEHR, W. B. (1981): Development from Below: The Bottom-Up and Periphery-Inward Development Paradigma. In: STOEHR, W. B., D. R. F. TAYLOR (Hrsg.) (1981): Development from Above or Below? S. 39–72, London.

ZAHNER, M. (1982): Zielproblematik, Grundbedürfnisse, Indikatoren. In: ZAHNER, M., M. SOMMER, T. LUEEM (1982): Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern, S. 11–32, Zürich (vervielfältigtes Manuskript).